

Editorial

Joachim Becker

Vor gut 5 Jahren – Anfang 2011 – begann eine große soziale Protestwelle in den arabischsprachigen Ländern. Sie richtete sich gegen autoritäre Regime, Vetternwirtschaft, schlechte soziale Verhältnisse und die hohe Arbeitslosigkeit. Der türkische Sozialwissenschaftler Cihan Tuğal (2016: 152) kennzeichnet sie als „Revolte gegen den autoritären Liberalismus“. Sie war von Forderungen nach Demokratie, Besserung der sozialen Verhältnisse und einem Leben in Würde getragen (vgl. z.B. Achcar 2013, Hanieh 2013: Kap. 6). In Ländern wie Tunesien und Ägypten ließen westliche Regierungen angesichts der Proteste ihre langjährigen Verbündeten fallen, wohl weil sie sahen, dass sie auf Dauer nicht mehr zu halten waren. As neue Verbündeten boten sich die Muslimbrüder als „ideale Partner an, denn sie bekennen sich konsequent zum Freihandelsprinzip und stellen damit die Hauptinteressen des Westens nicht in Frage“ (Ruf 2016: 46). In den Monarchien am Persischen Golf war hingegen aus Sicht der westlichen Hauptstädte ein Regimewechsel nicht gewünscht. Von daher reagierten sie auf die Proteste in den arabischen Ländern unterschiedlich.

Die Proteste wurden in den westlichen Ländern zunächst sehr positive aufgenommen und in den USA und in Europa oftmals wenig glücklich, wenn auch nicht letztlich nicht völlig unpassend, als „arabischer Frühling“ bezeichnet. In Europa und in Nordamerika setzt der Frühling dem strengen Winter ein Ende, alles beginnt zu wachsen und zu gedeihen. In den arabischen Ländern hingegen folgen auf das Frühjahr sengende Sonne und Hitze – also eine schwere Jahreszeit. Und eine schwere Zeit oftmals heftiger sozio-politischer Konflikte und oftmals auch äußerer Interventionen folgte auch auf die Proteste in den arabischen Ländern.

Tunesien: partieller Neubeginn – Ägypten: Restauration

Am ehesten vermochten die zarten Pflanzen, die in der Revolte gesetzt wurden, im Ausgangsland Tunesien zu gedeihen. Wie in anderen Ländern der Region vermochten auch in Tunesien Kräfte der religiösen Rechten – hier die der Muslimbruderschaft nahestehende Al-Nahdar – angesichts der schwachen politischen Strukturen der liberalen und linken laizistischen Kräfte elektoral von der Revolte am stärksten zu profitieren. Doch sahen sie sich stärker als in anderen Ländern mit Gegenkräften – vor allem dem Gewerkschaftsdachverband UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) – konfrontiert und waren daher zu politischen und gesellschaftlichen Kompromissen gezwungen (vgl. Chouikha/Gobe 2016: Kap. III). In Tunesien gelang die Verabschiedung einer neuen, demokratischen Verfassung (Ruf 2014) und damit zumindest ansatzweise ein Neuanfang. Die politische Konstellation ist sehr instabil, das gilt speziell für die laizistischen Kräfte, die in den letzten Wahlen reüssierten. An den Konflikten und taktischen Spielereien innerhalb der heterogenen laizistischen Kräfte zerbrach im Sommer 2016 eine Koalitionsregierung mit der organisatorisch weit stärkeren religiösen Rechten. Die sozio-ökonomischen Probleme, wie die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit, haben sich eher weiter verschärft.

Ägypten war das zweite Land der Region, in dem soziale Proteste zu einem – hier allerdings nur zeitweiligen – Abtritt des alten Regimes führten. Ähnlich wie in Tunesien beteiligte sich ein breites soziales und politisches Spektrum an den sozialen Protesten. Obgleich auch in Ägypten ArbeiterInnenproteste und -streiks wichtiger Teil der Protestbewegung waren, gab es hier keinen der UGTT und ihren Untergliederung vergleichbaren Gewerkschaftsakteur. In den Parlamentswahlen vermochten sich unterschiedliche Kräfte der religiösen Rechten, die sich in den Anfängen der Revolte sehr zurückgehalten hatten, noch deutlicher als in Tunesien durchzusetzen, die Präsidentschaftswahlen, die vom Kandidaten der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei und damit der Muslimbrüderschaft, Mohammed Mursi, im Frühjahr 2012 gewonnen wurden, machten allerdings bereits die Grenzen der wirtschaftlich liberal orientierten religiösen Rechten deutlich. In allen vier großen ägyptischen Metropolen blieb der Kandidat der religiösen Rechten minoritär (Rougier/Bayoumi 2015: 168). Mursis Regierung isolierte sich von den anderen Oppositionskräften und ging dann auch Konfrontationskurs mit dem Militär, das mit dem alten Regime eng – in einem allerdings nicht friktionsfreien Verhältnis – verbunden gewesen war (vgl. Hamada 2015: 81 ff.), ihm aber auf dem Höhepunkt der Proteste die weitere Gefolgschaft verweigert und damit ein Ende gesetzt hatte. Das Durchdrücken einer Verfassung nach eigenen Vorstellungen, zunehmend autoritäre Tendenzen und weitere Verschlechterung der sozialen Lage brachten die Regierung Mursi in zunehmenden Misskredit. Es kam zu erneuten Massenprotesten und einer vorübergehenden Liaison zwischen Kräften des alten Regimes und liberaler wie linker Oppositionskräfte gegen das Regime der religiösen Rechten. Mursi wurde im Juli 2013 durch das Militär abgesetzt. Danach kam es faktisch zu einer (repressiven) Restauration des alten Regimes, die mit der Verabschiedung einer weiteren neuen Verfassung einherging (vgl. Rougier/Lacroix 2015). Die liberalen und linken Oppositionskräfte sind stark marginalisiert. In Tunesien und Ägypten versuchten externe Akteure – global wie regional – den Entwicklungen, meist hinter den Kulissen, die von ihnen gewünschte Richtung zu geben. Dies geschah nicht zuletzt in der Form materieller Unterstützung für die jeweiligen politischen Favoriten (vgl. z.B. Ruf 2016: 37).

Externe Interventionen und Bündnisbildungen

Während in einem Teil der arabischsprachigen Länder die sozialen Protest relativ begrenzt blieben (z.B. Marokko, Algerien, Jordanien), kam es in anderen Fällen in Gefolge der sozialen Protestbewegungen bzw. der dadurch ausgelösten Veränderungen der politischen Machtverhältnisse zu militärischen Konflikten und äußerer Einmischung: in Bahrain und Jemen durch regionale Kräfte, primär durch Saudi-Arabien, in Libyen und Syrien durch Kräfte von innerhalb und außerhalb der Region.

Die USA hatten im Nahen Osten nach 1945 Großbritannien und Frankreich als dominante externe Macht abgelöst. Zentrale Prioritäten sind für die US-Politik in der Region der Zugriff auf die Öl- und Gasquellen der Region sowie bis zum Ende des Kalten Krieges das Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses gewesen (vgl. Halliday 2005: 142). Nach dem Ende der Sowjetunion spielte Russland lange Zeit nur mehr eine sehr reduzierte Rolle in der Region. Erst im Gefolge der verstärkten Spannungen mit den westlichen Ländern, die durch den Ukraine-Konflikt manifest geworden sind, und den massiven Druck auf den langjährigen sowjetischen-russischen Verbündeten Syrien hat sich die russische Nahostpolitik durch die militärische Unterstützung des Assad-Regimes ab 2015 deutlich aktiviert.

In ihren Kernprioritäten haben sich die Vorstellungen der westlichen Länder gedeckt, was allerdings taktische Differenzen bis heute nicht ausschließt. Zu ihren Kernverbündeten in der Region erkoren die US-Regierungen Saudi-Arabien, Israel sowie, solange das Schah-Regime andauerte, den Iran. Skeptisch bis feindselig zeigten sich die westlichen Regierungen gegenüber nationalistischen republikanischen Regimen eingestellt, vor allem wenn diese linke Tendenzen zeigten. Gegen unbotmäßige republikanische-laizistische Regierungen haben westliche Regierung immer wieder Kräfte der islamistischen Rechten gefördert, beispielsweise bereits in den 1950er Jahren in Syrien, als ihnen die außenpolitische Orientierung der damaligen Regierung missfiel (vgl. Leukefeld 2016: 86 ff.). Auch in den aktuellen Konflikten in Syrien/Irak sind die extremsten Kräfte der islamistischen Rechten für gewichtige Sektoren im US-amerikanischen Establishment zeitweise zumindest eine sehr reale Option für eine auf den Sturz Assads gerichteten Politik gewesen (Ruf 2016: 108 ff., 120 ff.). Mit der iranischen Revolution rückte der Iran aufgrund seiner zeitweise stark anti-US-orientierten, auf jeden Fall autonomen Außenpolitik zu einem regionalen Hauptgegner der USA auf. Wurde westliche Interventionspolitik bis zum Ende des Kalten Krieges vor allem anti-kommunistisch begründet, rückte danach ein Demokratisierungsdiskurs stärker in den Vordergrund. Angesichts der engen Kooperation westlicher Länder mit autoritären Regimen und Destabilisierungsmaßnahmen bis hin zum Sturz missliebiger, aber demokratisch legitimierter Regierungen wie der Mossadegh-Regierung im Iran der 1950er Jahre ist dieser Diskurs allerdings kaum glaubwürdig (Massarat 2003: 37 ff.).

Saudi-Arabien ist seit langem die regionale Hauptkraft der reaktionären Kräfte im arabischen Raum. In den Jahren des Nasserismus war Ägypten die Leitmacht der republikanischen-linksnationalistischen Kräfte. Mit der ägyptischen Niederlage im Sechstage-Krieg von 1967, seinem Friedensschluss mit Israel von 1977, der Erschöpfung der etatistischen Entwicklungsstrategien und einem Einschwenken auf einen zunehmend autoritär-liberalen Kurs der republikanischen Staaten verlor das republikanisch-nationalistische Lager zunehmend an Strahlkraft und Einfluss.

Neben Saudi-Arabien aktivierte das kleine Katar im Jahrzehnt vor der arabischen Protestbewegung von 2011 seine Außenpolitik – ebenfalls aus einer klar rechten Perspektive, aber – im Gegensatz zu Saudi-Arabien – mit einer zunehmend deutlichen Orientierung auf die Kräfte der Muslimbruderschaft (El Oifi 2013: 53 ff.). Während die nationalkonservativ-neoliberale Regierung der Adalet ve Kalkınma Parti (AKP) ab 2003 zunächst eine pragmatische Politik der Ausweitung der lange Zeit eher schwachen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den arabischen Ländern – eine Politik der „null Probleme“ mit den Nachbarn wie es damals hieß – verfolgt hatte, schwenkte sie nach kurzem Zögern in Folge der arabischen Revolten auf eine Politik der klaren Parteinahme für die ihr nahestehenden Kräfte der religiösen Rechten – speziell aus dem Umfeld der Muslimbrüder – und des aktiven Interventionismus, speziell im benachbarten Syrien, um (vgl. z.B. Mustafa 2016, Uzel 2016, Peköz 2016). In ihrer Selbstwahrnehmung sah sich die AKP-Regierung als liberal-islamisches „Modell“ für die Region (vgl. als regierungnahe Darstellung Çakmak et al. 2014: 143 ff., kritisch Tuğal 2016). Alle drei Regime – Saudi-Arabien, Katar und Türkei – haben ideologisch konfessionell-sunnitische Bezüge, die bei Saudi-Arabien mit dem Wahabismus eine besonders ausgeprägt konservative Konnotation aufweisen.

Leitmacht der konkurrierenden regionalen Liaison ist Iran als ebenfalls nationalkonservatives, allerdings konfessionell schiitisch und außenpolitisch autonomes Regime,

dessen Beziehungen zu Saudi-Arabien durch Rivalität und starke Spannungen geprägt sind (Therme 2013/14). Seitdem das Assad-Regime im Irak-Iran-Krieg (1980–88) sich als einziges wichtiges arabisches Land nicht auf Seite des angreifenden Irak stellte, hat sich eine strategische außenpolitische Achse zwischen den beiden regionalen Außenseitern herausgebildet (vgl. Korkmaz 2015). Dieser hat sich im Syrien-Krieg dann auch noch die schiitische Hizbollah aus dem Libanon angeschlossen.

Die kurdischen Kräfte bewegen sich höchstens am Rand dieser beiden regionalen Allianzen. Die Zentralregierungen der Region stehen den kurdischen Kräften mit ihren Autonomiebestrebungen bzw. im irakischen Fall auch expliziten auf eine staatliche Unabhängigkeit gerichteten Forderungen mit großen Vorbehalten gegenüber. Allerdings gibt es je nach politischer Ausrichtung unterschiedliche Affinitäten. So hat sich zwischen der AKP-Regierung und den konservativen kurdischen Kräften, der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) in der autonomen kurdischen Region im Irak eine enge ökonomische und politische Zusammenarbeit entfaltet, während der iranische Einfluss in der von der zweite langjährige politische Hauptkraft im irakischen Kurdistan, die Patriotische Union Kurdistans (PUK), kontrollierten Region des irakischen Kurdistan stark ist (Chaliand 2015: 141 f.). Die linken syrischen Kurden der PYD, die eng mit der Kurdischen Arbeiterpartei liiert sind (Peköz 2016: 177), sind viel stärker mit der islamistischen Rechten als mit dem Assad-Regime in Konflikt. Für die türkische Regierung ist hingegen die Verhinderung einer dauerhaften Autonomie der syrischen Kurden in Rojava zu einem der zentralen Ziele ihrer Syrien-Politik avanciert (ibid: 174 ff.).

Seit dem „arabischen Frühling“ haben sich im Nahen Osten im Kern zwei gegeneinander stehende Allianzen herausgebildet: die „westliche Allianz“, die von den USA angeführt wird und der auch die westeuropäischen Länder, Saudi-Arabien, die Türkei und Katar als Kernländer zuzurechnen sind, sowie die Allianz der Außenseiter mit Russland, Iran, Assad-Regime und der libanesischen Hizbollah als Kernelementen. Innerhalb dieser Allianzen gibt es durchaus begrenzte Divergenzen, beispielsweise zwischen der Türkei und Katar einerseits und Saudi-Arabien andererseits im Verhältnis zur Muslimbruderschaft oder zwischen der Türkei und der US-Regierung im Verhältnis zu den linken syrischen Kurden der PYD, aber auch in der Einschätzung islamistischer Kräfte in Syrien. Zwischen zumindest einem Teil der westlichen Regierungen und der Türkei sind in der Regionalpolitik zunehmend Differenzen erkennbar geworden. Das schließt die deutsche Bundesregierung in sehr vorsichtigem Tenor ein. Im August 2016 hieß es in einem als „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuften Teil einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken: „Als Resultat der vor allem seit dem Jahr 2011 schrittweise islamisierten Außenpolitik Ankaras hat sich die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt“ (zit. n. FAZ 2016: 1). Explizit genannt wurden die palästinensisch-islamistische Hamas, die ägyptischen Muslimbrüder und Gruppen der bewaffneten islamistischen Opposition in Syrien. Die grundlegende Frontstellung ist im Krieg um und in Syrien, das als strategisch wichtig angesehen wird, besonders stark zu Tage getreten. Gleichzeitig sind im Syrien-Konflikt zunehmend auch zumindest taktische Differenzierungen innerhalb der Allianzen – und zwar deutlich stärker in der westlich-türkisch-sau-disch-katarischen Allianz zu Tage getreten.

Westliche Interventionen von Afghanistan bis Syrien

Zum Verständnis der Konfliktodynamiken seit 2011 ist ein Zurückgehen in der Konfliktgeschichte des weiteren Nahen Osten bis zum Afghanistan-Krieg der 1980er Jahre sinnvoll. In diesem Krieg trat die Instrumentalisierung militärischer Kräfte der religiösen (islamistischen) Rechten für westliche Global- und Regionalstrategien besonders klar zu Tage, wurden extremistisch-reaktionäre Kräfte diskursiv zu „gemäßigten“ Kräften (Hippeler 1986: 135 f.) umgedeutet und entstanden mit US-amerikanischer, pakistanischer und saudischer Unterstützung so etwas wie transnationale islamistische Brigaden im Kampf gegen eine missliebige Linksregierung, die sich später gegen ihre damaligen Förderer verselbständigten (worauf so unterschiedliche Autoren wie Chaliand 2015: 123 f. und Berktaf 2016: 101 f. hinweisen). Der Krieg der 1980er Jahre in Afghanistan stand noch im Zeichen des kalten Krieges. 1978 kam eine linksnationalistische Regierung in Afghanistan an die Macht, die eine Politik radikaler sozio-ökonomischer Veränderungen verfolgte und dabei auf erhebliche gesellschaftliche Widerstände stieß. Als sie in Bedrängnis geriet, entschloss sich die sowjetische Regierung – mit fatalen Folgen – Ende 1979 zur Militärintervention. Noch vor dem sowjetischen Eingreifen hatte die US-Regierung bereits die militärische Destabilisierung der afghanischen Linksregierung eingeleitet. Diese überstand die Beendigung der sowjetischen Militärunterstützung noch für einige Zeit. Die „pro-westlichen“ Kräfte übernahmen 1992 offiziell die Regierung, waren aber zur Konsolidierung ihrer Macht nicht fähig. Zeitweilig wurden sie von den Taliban als noch extremerer religiöser Rechter von der Macht verdrängt (vgl. Baraki 2002). Bis heute ist eine Zeit permanenter Konflikte – zeitweilig mit direktem Engagement westlicher Militärkräfte – gefolgt. Der permanente Konflikt strahlt vor allem ins benachbarte Pakistan aus, dessen Geheimdienst seinerseits in den afghanischen Auseinandersetzungen eine sehr aktive Rolle gespielt hat.

Die nächste westlich-arabische Intervention erfolgte in zwei Akten bereits nach dem Ende der Systemkonkurrenz im Irak. Das arabisch-nationalistische (und auch äußerst repressive) Baath-Regime war von den USA und anderen westlichen Ländern in seinem Angriffskrieg gegen den Iran zwischen 1980 und 1988 unterstützt worden. Dem Irak war in dem langen Krieg mit mehr als einer Million Toten (davon knapp die Hälfte auf irakischer Seite) letztlich kein Erfolg beschieden. Nach Beendigung des Krieges war das Land finanziell ausgeblutet. Das Regime Saddam Husseins hielt es – in einer Fehleinschätzung der veränderten globalen Situation und auch angesichts ambivalenter Stellungnahmen von US-Politikern (vgl. Halliday 2005: 143 ff., Massarat 2003: 2003: 47) – für möglich, sich durch die Besetzung des benachbarten, seit den 1930 Jahren von ihm beanspruchten Kuwait finanziell zu sanieren. Wäre für die US-Regierung eine Übernahme der iranischen Ölquellen in der Provinz Khusistan durch den Irak akzeptabel gewesen, so galt dies nicht für die der anglo-amerikanischen Einfluss-Sphäre zuzurechnenden kuwaitischen Ölquellen, wie Massarat (2003: 148) herausarbeitet. Nach der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen im Jahr 1990 und dem Interventionsansuchen der nach Saudi-Arabien geflohenen kuwaitischen Herrscherfamilie, kam es zu einer ersten, allerdings auf eine Beendigung der Besetzung Kuwaits begrenzten US-geführten Militärintervention mit einer „Blankovollmacht“ der Vereinten Nationen (Benraad 2015: 55 f.). Es folgte eine Periode der Isolierung und internationaler Sanktionen gegen den Irak. Das folgende Jahrzehnt ist durch eine starke soziale und wirtschaftliche Regression des Irak geprägt.

2003 folgt eine weitere US-geführte Intervention im Kontext der Hysterie nach den Anschlägen am 11. September 2001 in New York. Als Vorwand galten angebliche Massen-

vernichtungswaffen im Irak, die es real nicht gab. Ein UN-Mandat gab es für den US-geführten Angriff nicht. Europäischer Hauptverbündeter der USA war Großbritannien, wo kürzlich die offizielle Chilcot-Kommission eine vernichtendes Urteil über die britische Interventionsentscheidung und der Begründung fällte, sich aber um eine klare Stellungnahme zur Illegalität des Angriffskrieges herumdrückte (vgl. *The Economist* 2016: 26 f.). Auch Spanien und verschiedene osteuropäische Länder, das sogenannte „neue Europa“, schlossen sich der Intervention an, während sich die Regierungen Chirac und Schröder in Frankreich und Deutschland gegen den Krieg stellten.

Die Besatzungsmacht schritt zu einer radikalen „Ent-Baathifizierung“ (Guillard 2015: 100) – vor allem zur Auflösung der bisherigen Streitkräfte und einer umfassenden politischen Säuberung des Staatsapparates. Damit unterminierten die USA den irakischen Staat als einer autonomen Macht und schwächten ihn in seiner administrativen Kapazität wie auch in den Auseinandersetzung um die Kontrolle der Ölressourcen, gleichzeitig leistete diese Politik einer verschärften Konfessionalisierung der Politik und der Streitkräfte (Benraad 2015: 58) Vorschub. Faktisch ist es trotz der formalen Existenz einer Zentralregierung (nach der Zurückdrängung der SunnitInnen mit starker Prägung durch schiitische Kräfte und relativ enger Anlehnung an den Iran) zur Herausbildung von Einfluss-Sphären unterschiedlicher ethnischer bzw. konfessioneller Kräfte gekommen. Konfessionalistische Praktiken haben zu einer erheblichen Entfremdung der arabisch-sunnitischen Bevölkerung vom irakischen Staat beigetragen. Eine der Kräfte, die aus dieser Entfremdung und der Schwächung des Staates Nutzen ziehen konnte, war ab 2012 der sogenannte Islamische Staat, der Wurzeln in früheren Kräften der islamistischen Rechten hat und (aufgrund der rigorosen Säuberungen nach Saddams Sturz) auch Kader der früher eigentlich laizistischen Baath-Partei mit ihrer Erfahrung in Militär und Verwaltung zu integrieren vermochte (vgl. Luizard 2015: 13 ff., Baczko et al. 2016: 250 f.). Dieser hat nicht nur auf extreme Repression gebaut, sondern auch versucht über den Aufbau zumindest rudimentärer Verwaltungsstrukturen Akzeptanz zu gewinnen (Luizard 2015: 22, 28, Baczko et al. 2016: 254 ff.). Mit der Kriegseskalation in Syrien hat er auch dort Fuß fassen können und in Fortsetzung der erstmals in Afghanistan etablierten Muster zahlreiche ausländische Kämpfer anziehen können.

Proteste und deren gewaltsame Repression boten ab 2011 den Vorwand zur Intervention gegen zwei arabische Regime, die außenpolitisch in westlichen Hauptstädten als missliebig galten: Libyen mit seiner erratischen Außenpolitik sowie Syrien mit seiner weit berechenbareren, aber autonomen Außenpolitik. Den Anfang machte noch 2011 Libyen. Hier hintertrieben die westlichen Länder, aber auch die arabischen Golfstaaten, speziell Katar, einen Versuch einer Vermittlung zwischen dem Gaddafi-Regime und oppositionellen Kräften seitens der Afrikanischen Union, um sich dann ein begrenztes Interventionsmandat, das Flugverbotszonen und Schutz der Zivilbevölkerung, aber keinen Regimewechsel beinhaltete, bei der UNO zu bemühen. Diesmal war auf westlicher Seite die besonders treibende Kraft Frankreich, aber auch die britische Regierung zeigte sich interventionsfreudig. Der französischen Regierung war offenbar speziell die aktive Afrika-Politik der Regierung Gaddafi ein Dorn im Auge, da sie das „zutiefst korrupte neo-koloniale und von der alten Kolonialmacht Frankreich beherrschte System der *Françafrique*“ infragestellte (Ruf 2016: 58). Bei der Abstimmung über die UN-Sicherheitsresolution 1973 enthielt sich Deutschland ebenso wie die BRIC-Länder Russland, China, Indien und Brasilien der Stimme (Khader 2012: 72). Dank der äußeren Unterstützung wurde das Gaddafi-Regime durch disparate militärisch-politische Kräfte gestürzt, der schon zuvor fragile libysche

Staat zerfiel noch weitergehend als der irakische Staat. Bis heute dauern die Konflikte zwischen diversen politisch-militärischen Fraktionen unterschiedlicher Couleur, darunter starke Kräfte der religiösen Rechten, an. Zwei Regierungen beanspruchen den libyschen Staat zu vertreten, davon genießt eine, die sich als Regierung der nationalen Einheit bezeichnet, westliche Unterstützung. Die westlichen Länder haben die Bildung einer solchen Regierung der nationalen Einheit nicht zuletzt deshalb forciert, damit es eine Kraft gibt, die ggf. die Einladung für eine weitere, bereits ventilerte Intervention in dem zerrissenen Land aussprechen und damit auch legitimieren kann (Haimzadeh 2016: 11). Der Konflikt hat zu einer Destabilisierung der Nachbarstaaten, speziell in der Sahel-Zone, geführt.

Eine Mischung aus ausgeprägt autoritären Tendenzen, einer zunehmend neoliberalen Politik, die regimenahen Kapitalinteressen begünstigte und zu einer Verarmung der ländlichen Regionen führte bildeten wichtige Gründe für das Übergreifen Proteste auf Syrien im Jahr 2011. Auch hier war die erste Reaktion sehr repressiv. Die Reaktion der westlichen Länder, aber auch der Türkei war zögerlicher als im Fall Libyen. Aber auch hier setzten die westlichen Länder auf militärische Gruppen und durch die religiöse Rechte geprägte Oppositionsbündnisse, wobei sie allerdings in Syrien keine eigenen Bodentruppen einsetzen wollen. Wie Karin Kulow in ihrem Beitrag aufzeigt, zeigten sie jenen syrischen Oppositionskräften, die sich gegen Konfessionalismus, ausländische Einmischung und eine gewaltsame Lösung stellten, die kalte Schulter. Ähnlich wie im Irak hat auch der Krieg in Syrien eine verschärfte Konfessionalisierung und eine faktische Kontrolle des Landes durch unterschiedliche Kräfte – die Assad-Regierung, die Kurden in Rojava, diverse sunnitisch-islamistische Kräfte – zur Folge. Im Unterschied zu Libyen und dem Irak hat das Ancien Regime noch die Kontrolle über Teile des Landes. Zudem macht die Unterstützung des Assad-Regimes durch Russland, den Iran und Kräfte der Hizbollah einen Unterschied in der Konfliktkonstellation. Eine das Feld für eine offene Intervention öffnende Resolution des UN-Sicherheitsrates haben die Regierungen Russlands und Chinas nach den libyschen Erfahrungen blockiert. Das Erstarken des Islamischen Staates, das für die USA und andere westliche Länder dysfunktionale Züge angenommen hat, hat diese zu einer partiellen Modifikation ihrer Politik gezwungen. Trotz des derzeitigen Waffenstillstandes stehen einer ausgehandelten Kompromisslösung erhebliche Interessengegensätze und Widerstände entgegen, wie Karin Kulow in ihrem Beitrag herausarbeitet. In Syrien geht es den externen Kräften stark um regionale Kräfteverhältnisse, aber anscheinend auch um Gasvorkommen vor der syrischen Küste und die Frage möglicher Pipelinerouten (u.a. vom Iran an die Mittelmeerküste; vgl. Ruf 206: 65, 72 ff.).

Versuch einer Zwischenbilanz

Die Interventionspolitik westlicher Länder, aber auch ihrer regionalen Verbündeten im Nahen Osten hat zur Herausbildung einer ganzen Zone militärischer Konflikte, einer Konfessionalisierung der Politik, der kriegsbedingten Zerrüttung gesellschaftlicher Strukturen, Zerstörung von Staatlichkeit geführt.

Prima facie scheint die Position des – abgesehen von Israel – wichtigsten regionalen Verbündeten der USA in der Region, Saudi-Arabien, gestärkt. Ein profiliertes Gegengewicht zu Saudi-Arabien in der Arabischen Liga gibt es derzeit nicht. In Bahrain stärkte die saudische Intervention der verbündeten Dynastie den Rücken. In Jemen allerdings hat Saudi-Arabien den Konflikt bislang nicht in seinem Sinne lösen können. Islamistische Gruppen, die mit Aspekten der saudischen Politik (beispielsweise der engen Anlehnung

an die USA) nicht konform gehen, haben Anschläge in Saudi-Arabien verübt, insofern hat die regionale Kriegsdynamik auch Folgen für Saudi-Arabien selbst. Durch den starken Ölpreisverfall, der zum Teil aus der saudischen Förderpolitik, die anscheinend Konkurrentinnen wie die US-Ölschieferproduktion aus dem Rennen werfen will, resultiert, ist das saudische Regime geschwächt. Nachfolgefragen im Königshaus scheinen ungeklärt. Das Regime könnte sich als instabiler zeigen, als im Ausland lange angenommen wurde. Die französische Zeitschrift *afrique asie* sieht hier möglich Parallelen mit dem iranischen Schah-Regime der 1970er Jahre (Nehmé 2016).

Im Fall der Türkei konstatiert Tuğal (2016: 276), dass „die imperiale Überdehnung die Gewalt (coercion) im Inneren intensiviert.“ Die Regionalpolitik der Türkei war nicht nur nicht erfolgreich (vgl. den Beitrag von Türkeş in diesem Heft), sondern hat auch schon ansatzweise zu einem Überschwappen der Konfliktodynamik in die Türkei geführt. Sie hat ökonomisch negative Folgen für die Türkei – wie Rückgänge im Handel mit den arabischen Ländern und zuletzt starke Einbrüchen im Tourismus – geführt und damit die Lage der unter chronischen Leistungsbilanzdefiziten leidenden und von hohen Kapitalzuflüssen hochgradig abhängigen türkischen Ökonomie prekärer gemacht (vgl. Becker 2016: 98). Dies scheint einer der Gründe zu sein, die im Frühsommer 2016 die türkische Regierung bewogen, ihr Verhältnis zu Russland, Israel und Ägypten zu reparieren. Im Juli gab es erste Äußerungen des türkischen Premierministers Binali Yıldırım, die auch eine Änderung der Syrien- und Irakpolitik andeuteten (Bianet Haber Merkezi 2016). Hier deutet sich an, dass die türkische Regierung bereit wäre, eine Kompromisslösung, die das Assad-Regime einschliesse, zu akzeptieren und sich bei der Unterstützung der Islamisten in Syrien stärker zurückzuhalten, wenn auf anderen Seite der Aktionsradius der kurdischen Kräfte beschnitten würde (vgl. Brauns 2016: 6). Beim Einbremsen der kurdischen Autonomie-Bestrebungen könnten die Regierungen der Region – Türkei, Iran sowie was von den Zentralregierungen Syriens und des Irak übrig ist – ein gemeinsames Interesse finden.

Dass die westliche Interventionspolitik angesichts der daraus resultierenden Tendenz zum Staatszerfall bislang fortgesetzt wurde, deutet darauf hin, dass westliche Regierung Staatszerfall und permanente Konflikte der Existenz missliebiger Regierungen in einer öl- und gasreichen Region vorziehen. Aber auch die westlichen Länder werden mit den Folgen ihrer interventionistischen Politik konfrontiert. Die Flüchtlinge aus den Kriegsregionen haben inzwischen auch Europa erreicht. Ein Rückgang der Flüchtlingszahlen hat als eine zentrale Voraussetzung ein Ende der Interventionsdynamik und der Suche nach Verhandlungskompromissen – gerade auch in Syrien.

Der Debattenteil lotet die Rolle regionaler und internationaler Akteure in den aktuellen Konflikten des Nahen Ostens, vor allem in Syrien, aus. Regional eine sehr wichtige Rolle spielt die AKP-Regierung in der Türkei. Der Beitrag von Joachim Becker leuchtet einige Hintergründe des gescheiterten Putsches vom Juli 2016 aus und analysiert die Verwobenheit innen- und außenpolitischer Entwicklungen in der Türkei. Mustafa Türkeş diskutiert die Veränderungen und Kontinuitäten der AKP-Nahostpolitik, vor allem in Hinblick auf Syrien. Karin Kulow skizziert die Interessen und das Agieren internationaler und regionaler Akteure im Syrien-Krieg und diskutiert die Chancen für eine politische Lösung zur Beendigung des Krieges. Die Entstehung und Konturen des kurdischen autonomen Gebietes Rojava in Syrien stehen im Mittelpunkt des Beitrages von Thomas Schmidinger.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2013) *Le peuple veut. Une exploration radicale du soulèvement arabe*. Paris
- Baczko, Adam/Dorronsoro, Gilles/Quesnay, Arthur (2016): *Syrie. Anatomie d'une guerre civile*. Paris
- Baraki, Matin (2002) Militärische "Konfliktlösung" statt intelligenter Friedenspolitik: das Beispiel Afghanistan. In: Holmes, Amy/Salomon, David/Schmalz, Stefan/Speckmann, Guido (Hg.): *Imperial Jihad? Über Fundamentalismus, Schurkenstaaten und ihre Kriege*. Hamburg, 133–155
- Becker, Joachim (2016) Financialisation, Industry and Dependency in Turkey. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 42(1–2), 84–113
- Benraad, Myriam (2015) *L'armée au cœur de l'impasse irakienne*. In: Haddad, Saïd (Hg.): *Les armées dans les révolutions arabes. Positions et rôles. Perspectives théoriques et études de cas*. Rennes, 47–60
- Berktaş, Halil (2016) *Daiş'in sosyolojisi*. In: Bozdağın, Betül Sosyal (Hg.): *Daiş. 3. Dünya Savaşı'nın Deşifresi*. Istanbul, 93–117
- Bianet Haber Merkezi (2016) *Yıldırım: Suriye ile Normal İlişkilere Döneceğiz*. In: *Bianet.org*, 13.7.2016 (<http://bianet.org/bianet/176663-yildirim-suriye-ile-normal-iliskilere-donecegiz>; abgerufen: 13.7.2016)
- Brauns, Nick (2016) *Syrische Luftangriffe auf Kurden*. In: *junge welt*, 20.8., 6
- Çakmak, Cenap/Yetim, Mustafa/Çolak, Fadime G. (2014) *Orta Doğu'da Devrimler ve Türkiye*. In: Sandıklı, Attila/Kaya, Erdem (Hg.) *Orta Doğu'da Değişim ve Türkiye*. Istanbul, 119–166
- Chaliand, Gérard (2015) *La question kurde à l'heure de Daech*. Paris
- Chouikha, Larbi/Gobe, Éric (2015) *Histoire de la Tunisie depuis de l'indépendance*. Paris
- El Oifi, Mohammed (2013) *Le Qatar à la conquête du monde*. In: Da Lage, Olivier et al.: *Qatar. Les nouveaux maîtres du jeu*. Paris, 45–61
- FAZ (2016) *BMI: Türkei zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen*. In: *Frankfurter Allgemeine*, 17.8., 1
- Gaveriaux, Laura-Maï (2016) *La sale guerre du président Erdoğan*. In: *Le Monde diplomatique*, 63(748), 4–5
- Guillard, Joachim (2015) *Neoliberaler Kolonialismus: Irak unter US-Besatzung*. In: Kraitt, Tyma (Hg.): *Irak. Ein Staat zerfällt. Hintergründe, Analysen, Berichte*. Wien, 95–118
- Haimzadeh, Patrick (2016) *Vers une nouvelle intervention en Libye?* In: *Le Monde diplomatique*, 63(743), 11
- Halliday, Fred (2005) *The Middle East in International Relations. Power, Politics and Ideology*. Cambridge
- Hamada, Amal (2015) *Les forces armées et la déconstruction de l'État profond. Une étude de cas égyptien*. In: Haddad, Saïd (Hg.): *Les armées dans les révolutions arabes. Positions et rôles. Perspectives théoriques et études de cas*. Rennes, 75–94
- Hanieh, Adam (2013) *Lineages of Revolt. Issues of Contemporary Capitalism in the Middle East*. Chicago
- Hippler, Jochen (1986) *Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt*. Köln
- Khader, Bichara (2012) *Libye: le contre-paradigme d'une révolution heureuse*. In: *Alternatives sud*, 19(2), 61–75
- Korkmaz, Yusuf (2015) *İran Suriye Bölgesel İttifak ve Arap Baharı Sürecine Yansıması*. Istanbul
- Leukefeld, Karin (2016) *Syrien zwischen Schatten und Licht. Menschen erzählen über ihr zerrissenes Land*. Zürich
- Luizard, Pierre-Jean (2015) *Le piège Daech. L'État islamique ou le retour de l'histoire*. Paris
- Massarat, Mohssen (2003) *Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl*. Hamburg
- Nehmé, Majed (2016) *Royaume wahhabite contre République islamique: échec et mat?* In: *afrique asie*, Februar 2016, 16–19
- Peköz, Mustafa (2016) *Devletleşen AKP'nin Ortadoğu Stratejesinin Çöküşü*. In: Göztepe, Özyay (Hg.): *Stratejik Barbarlık. Orta Doğu'da Türkiye, Türkiye'de Orta Doğu*. Ankara, 161–185

- Rougier, Bernard/Bayoumi, Hala (2015): Sociologie électorale de la séquence 2011–2013. In: Rougier, Bernard/Lacroix, Stéphane (Hg.): L'Égypte en révolutions. Paris, 165–189
- Rougier, Bernard/Lacroix, Stéphane, Hg. (2015): L'Égypte en révolutions. Paris
- Ruf, Werner (2014) Die tunesische Verfassung vom Januar 2014. In: Inamo, 20(77), 4–7
- Ruf, Werner (2016): Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror. Köln
- The Economist (2016) Iraq's grim lesson. In: The Economist, 9.7., 26–27
- Therme, Clément (2013/14) La nouvelle "guerre froide" entre l'Iran et l'Arabie saoudite au Moyen-Orient. In: Confluences Méditerranée, Nr. 88, 113–125
- Tuğal, Cihan (2016) The Fall of the Turkish Model. How the Arab Uprising Brought Down Islamic Liberalism. London/New York
- Türkeş, Mustafa (2016) Decomposing Neo-Ottoman Hegemony. In: Journal of Balkan and Near East Studies, 18(3) 191–216
- Uzgel, İlhan (2016): Turkish Foreign Policy Under the AKP Government: The Failed Hegemony of a Pivotal State. In: Journal für Entwicklungspolitik, 42(1–2), 160–185